

Länderkammer für Dezentralisierung – Gesetz für Bundesstellen in Bezirken

Utl.: Gottfried Kneifel: „Arbeit der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ bringt Reform“ =

Linz (OTS) - „Wir begrüßen die Ankündigung des neuen Präsidenten des Bundesrates Karl Bader (NÖ), eine Gesetzesinitiative zu starten, damit zukünftige Bundesstellen dezentral - also nicht nur in Wien - vergeben werden sollen. Die Länderkammer setzt damit eine mehrjährige Analyse- und Forschungsarbeit der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) um“, betont IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel. „Im Gegensatz zu Deutschland und der Schweiz sind in Österreich praktisch alle Bundesdienststellen in Wien angesiedelt, was nur historisch erklärbar ist.“ Ziel müsse es sein, im Zuge eines Masterplanes für den ländlichen Raum annähernd gleiche Lebensbedingungen für alle Bewohner in den Regionen zu schaffen.

„Die Bundesregierung muss dabei umsetzen, was die Wirtschaft schon längst erfolgreich praktiziert: die Arbeit zu den Menschen bringen und nicht die Menschen zur Arbeit fahren lassen“, sagt Kneifel. Das sei auch ein konkreter Beitrag zur CO2-Vermeidung, zum Klimaschutz und zur Verbesserung der Freizeit- und Lebensqualität.

Bayern verwirklicht derzeit ein Dezentralisierungsprogramm mit einer Verlagerung von 3.155 Dienststellen von München in periphere Landkreise.

~

Rückfragehinweis:

Initiative Wirtschaftsstandort OÖ
Prof. Gottfried Kneifel
IWS-Geschäftsführer
0664/4432858
www.iwsooe.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/7741/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***